

Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Schmidt, Petra Ilona

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schmidt, P. I. (2006). Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. In P. Gans, & A. Schmitz-Veltin (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 6, Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen* (S. 263-278). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337835>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Petra Ilona Schmidt

Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

S. 263 bis 278

Aus:

Paul Gans, Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 226

Hannover 2006

Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Gliederung

- 1 Einleitung
- 1 Kurzporträt des Landes
- 2 Bevölkerungsentwicklung
- 3 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und Handlungsansätze
 - 3.1 Beispiel: Arbeitsmarkt
 - 3.2 Beispiel: Wohnen in der Landeshauptstadt Schwerin
 - 3.3 Beispiel: Wasserver- und -entsorgung
 - 3.4 Beispiel: Allgemeinbildende Schulen
 - 3.5 Beispiel: Berufliche Schulen in der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock
 - 3.6 Beispiel: Ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte (Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte)
 - 3.7 Beispiel: Einzelhandel
 - 3.8 Beispiel: Verwaltungsreform
- 4 Fazit
- Literatur

1 Einleitung

Mit 76 Einwohnern/km² ist Mecklenburg-Vorpommern dünn besiedelt, insgesamt ländlich geprägt und hat eine disperse Siedlungsstruktur, mit vielen kleinen Ortschaften. Von den etwa 970 Gemeinden haben über 40 % weniger als 500 Einwohner. Die größte Stadt des Landes ist die Hansestadt Rostock mit ca. 200.000 Einwohnern, die zweitgrößte die Landeshauptstadt Schwerin mit ca. 100.000 Einwohnern.

Das gesamte Land steht als Beispiel für ländliche Räume, wobei es deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich Wirtschaftskraft und Entwicklungspotenzial gibt. Ländliche Räume mit günstiger wirtschaftlicher Basis umfassen die größeren Städte und ihr Umland, die intensiv touristisch genutzten Gebiete bzw. diejenigen mit guter Verkehrsanbindung an die Metropolen und Oberzentren in den benachbarten Bundesländern (Hamburg, Lübeck, Berlin). Sie haben in der Regel komplexere Entwicklungspotenziale als der Durchschnitt des Landes. Demgegenüber sind die strukturschwachen ländlichen Räume gekennzeichnet durch zentrenferne Lagen oder durch die Nähe zur Grenze mit dem neuen EU-Mitglied Polen, oft abseits größerer Verkehrsstraßen.

Nach den Raumkategorien des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2001: 8) besteht Mecklenburg-Vorpommern insgesamt sogar nur aus strukturschwachen ländlichen Räumen mit starken bis sehr starken Entwicklungsproblemen. Ausnahmen sind zwei kleinere Bereiche um die Hansestadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin, die in die Kategorie Verdichtungsräume eingeordnet sind. Im bundesweiten Vergleich könnten diese Gebiete guten Gewissens als „ländlich geprägte Verdichtungsräume“ bezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund bezieht sich die vorliegende Querschnittsbetrachtung auf Mecklenburg-Vorpommern insgesamt, zum Teil mit Blick auf die Ebene von Planungsregionen oder auch Kommunen.

Die demographische Entwicklung des nordöstlichen Bundeslandes ist zwar kein Sonderfall im deutschen und europäischen Kontext, jedoch keineswegs beispielhaft für alle ländlichen Räume. Insbesondere im Einflussbereich von Metropolen der westlichen Bundesländer verzeichnen die einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung noch einen wesentlich günstigeren Verlauf. Mittel- bis langfristig betrachtet werden hier jedoch ähnliche Trends erwartet.

Im Folgenden werden zuerst die für Mecklenburg-Vorpommern wichtigen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung kurz beleuchtet, dann ihre Auswirkungen anhand von Beispielen aufgezeigt und letztlich darauf eingegangen, wo und wie gegengesteuert bzw. kompensiert werden kann und soll. Zum besseren Verständnis der Gesamtsituation Mecklenburg-Vorpommern vorab ein Kurzporträt.

2 Kurzporträt des Landes

Ein wichtiger Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen ist die Lage Mecklenburg-Vorpommerns im südlichen Ostseeraum – im Spannungsfeld der Metropolen Berlin, Hamburg und Kopenhagen (Öresundregion) sowie der Oberzentren Lübeck und Stettin (Abb. 1).

Mit der A 19, der A 24 und der noch fertig zu stellenden A 20 ist das Land verkehrsmäßig gut an die Zentren Hamburg, Berlin und Stettin angeschlossen. Die Anbindung nach Süden wird über die geplante A 14 verbessert, die nach Norden über den Ausbau der Schienen-/Fährverbindung Berlin-Rostock-Gedser-Kopenhagen gestärkt.

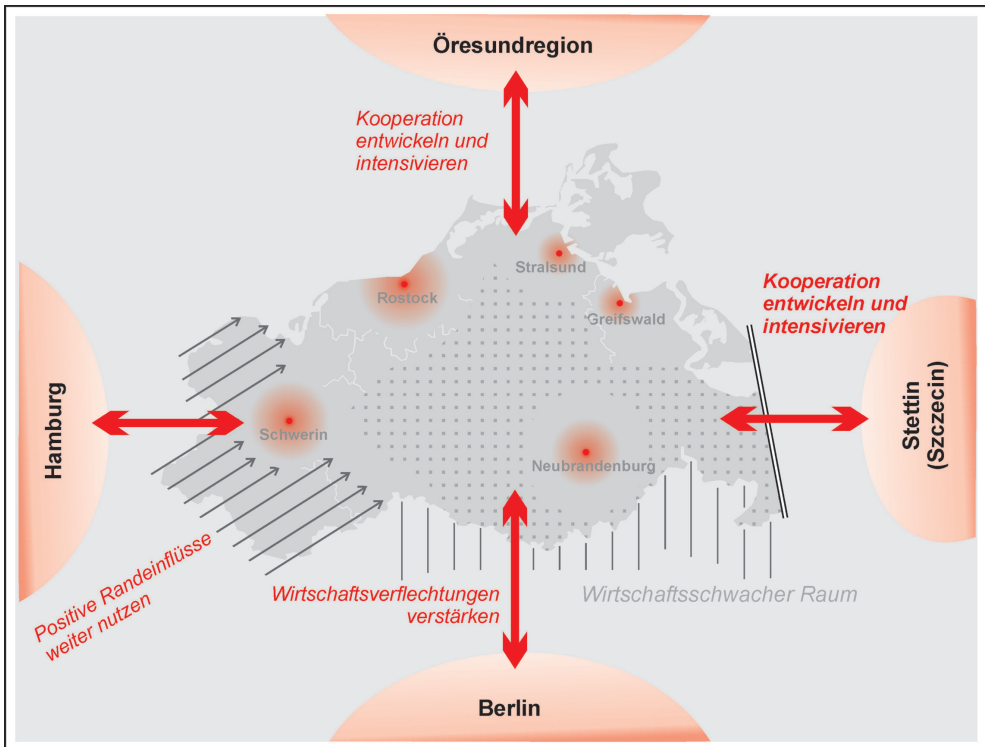
Die Gliederung in vier Planungsregionen – Westmecklenburg mit dem Oberzentrum Schwerin, Mittleres Mecklenburg/Rostock mit dem Oberzentrum Rostock, Mecklenburgische Seenplatte mit dem Oberzentrum Neubrandenburg und Vorpommern mit dem gemeinsamen Oberzentrum Stralsund/Greifswald – entspricht im Wesentlichen den vorhandenen landesinternen Verflechtungsbeziehungen (Abb. 2, s. S. 266).

Das verarbeitende Gewerbe hat im gesamtdeutschen Vergleich einen geringen volkswirtschaftlichen Anteil an Beschäftigung¹ und Wertschöpfung² (2002). Dominierend sind die Nahrungsmittelindustrie, der Schiffsbau und die Herstellung von Metallerzeugnissen. Zu den wirtschaftlichen Zukunftsbereichen gehören maritime Verbundwirtschaft, Biotechnolo-

¹ Mecklenburg-Vorpommern 10,3 % der Erwerbstätigen, Deutschland 21,1 %.

² Mecklenburg-Vorpommern 10,4 % der Wertschöpfung, Deutschland 22,0 %.

Abb. 1: Randbedingungen und Entwicklungspotenziale von Mecklenburg-Vorpommern



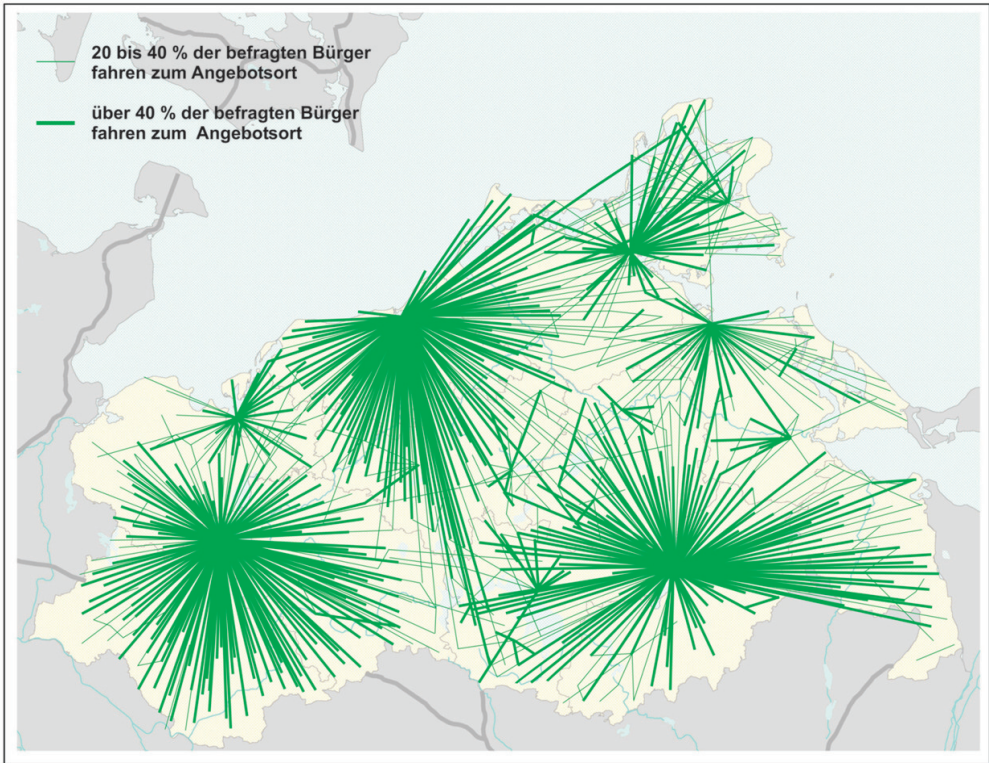
Quelle: Bandelin; Braun 2001

gie, Tourismus und Gesundheitswirtschaft, Kunststoffindustrie, Holzwirtschaft sowie die Nutzung regenerativer Energien, personennahe Dienstleistungen und moderne Informations- und Kommunikationstechnologien. Mecklenburg-Vorpommern hat eines der modernsten Kommunikationsnetze der Welt.

Der Dienstleistungssektor hat sich im Vergleich aller Wirtschaftszweige am dynamischsten entwickelt. 2002 erbrachte er, einschließlich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, 76,0 % der Wirtschaftsleistung; mit 531.300 Personen umfasst er 73,4 % aller Erwerbstätigen. Darunter stellt der Tourismus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. So liegt der Anteil von Handel, Gastgewerbe und Verkehr an der ökonomischen Gesamtleistung bei 19,5 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von 18,6 %. Vergleicht man die Entwicklung des Tourismus seit 1992, haben sich die Übernachtungen mehr als verdreifacht.

Neben der Forschung an den beiden Universitäten (Rostock und Greifswald) und drei Fachhochschulen (Neubrandenburg, Stralsund und Wismar) gibt es 13 weitere Forschungseinrichtungen; die drei Landesforschungsschwerpunkte sind: „Innovationsnetzwerk Biosystemtechnik“, „Kompetenznetzwerk Neue Wirkstoffe und Biomaterialien – Innovatives Screening und Produktionsprozesse“, „Forschungsverbund Genomorientierte Biotechnologie“.

Abb. 2: Oberzentrale Versorgungsbereiche frei wählbarer Güter und Dienstleistungen



Quelle: Steingrube 2001

Land-, und Forstwirtschaft und Fischerei sind von besonderer Bedeutung. Der Anteil des primären Sektors an der gesamten Wertschöpfung ist mit 3,8 % mehr als dreimal so groß wie im Bundesdurchschnitt von 1,1 % (2002). Kennzeichen für die ökonomische Situation insgesamt ist im bundes- und europaweiten Vergleich jedoch nach wie vor die anhaltende Strukturschwäche. Mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 16.891 EUR (2002) liegt Mecklenburg-Vorpommern bei 66,1 % des Bundesdurchschnitts und bei 69,4 % des EU15-Mittelwertes (2000). Das Land gehört damit zu den wirtschaftsschwächsten Regionen der Europäischen Union. Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist davon auszugehen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch nach 2006, also nach der EU-Osterweiterung, ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von unter 75 % des EU25-Durchschnitts hat und damit weiterhin zu den Ziel-1-Fördergebieten gehören wird.

Ausdruck der Strukturschwäche ist die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit mit folgender regionaler Differenzierung (März 2003): Arbeitsamtsbezirke Neubrandenburg 27,6 %, Rostock 22,8 %, Schwerin 18,2 % und Stralsund 26,4 %. Die Erwerbsquote lag im Jahr 2002 bei 74,6 %, die Frauenerwerbsquote bei 70,9 % und die der Männer bei 78,2 %. Das durchschnittliche Verdienstniveau der Frauen ist etwa 25 % niedriger als das der männlichen Kollegen.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine, auch im bundes- und europaweiten Vergleich, herausragende Naturraumausstattung. Die Vielfalt, Schönheit und Eigenart der Landschaft begründet auch die Attraktivität für den Tourismus und die damit verbundenen endogenen Potenziale.

Kurz zusammengefasst: Mecklenburg-Vorpommern muss insgesamt im bundes- und europaweiten Vergleich noch als wirtschaftlich strukturschwach eingestuft werden. Allerdings werden auch Chancen deutlich, die sich in der Lagegunst im Ostseeraum, der hervorragenden natürlichen Voraussetzungen, den Potenzialen im Tourismus und auch in der Landwirtschaft sowie der Entwicklungsfähigkeit in Bildungs-, Forschungs- und Technologiebereich ausdrücken.

2 Bevölkerungsentwicklung

In einem Interview wurde dem Schauspieler Uwe Steimle die Frage gestellt: „Herr Steimle, nach über einem Jahr sind Sie wieder als Kommissar im menschenleeren Mecklenburg zu sehen. Nicht mal ein Mord geschieht, sogar die Bösewichter scheinen weggezogen zu sein. Steht es dort wirklich so trübe?“ (Der Spiegel 2003).

Tatsächlich ist die Bevölkerungsentwicklung seit 1990 als problematisch zu bezeichnen und lässt sich knapp wie folgt umreißen: deutliche Verringerung der Geburtenzahlen, dominante Ost-West-Wanderungen, insbesondere anhaltende Abwanderung junger Frauen, und fortschreitende Alterung der Bevölkerung.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels – in Verbindung mit der Entwicklung von Strategien, Konzeptionen und Maßnahmen der unterschiedlichen Politikbereiche zur Bewältigung der Folgen – sind in Mecklenburg-Vorpommern seit einiger Zeit ein öffentlich diskutiertes Thema, an dem sich sowohl Hochschulen, Kammern, verschiedenste Verbände, Vereine und Stiftungen, kommunale Gebietskörperschaften als auch insbesondere Landesregierung und Landtag beteiligen.

Ende 2002 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Mecklenburg-Vorpommern eine neue Einwohnerprognose bis 2020 für das Land zu erstellen. Deren wichtigste Ergebnisse sind veröffentlicht (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2003c) und im Folgenden kurz zusammengefasst.

Wesentliches Ergebnis der 3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2003a) ist eine voraussichtliche Abnahme der Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2020 von rund 1,7 Millionen auf 1,51 Millionen.³ Für den demographischen Wandel Mecklenburg-Vorpommerns sind insbesondere die Komponenten Bevölkerungsrückgang und -überalterung relevant, die Interna-

³ Die Ergebnisse der Landesprognose unterscheiden sich von denen der durch das BBR erstellten bundesweiten Prognose (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002), die höhere Wanderungsgewinne annimmt und somit einen insgesamt geringeren Bevölkerungsrückgang prognostiziert.

tionalisierung spielt keine sehr große Rolle. Hauptursache für die bis 2020 prognostizierte negative Entwicklung ist der Gestorbenenüberschuss mit rund 73 %, die negativen Wanderungsbilanzen machen nur etwa 27 % des Gesamtrückgangs aus (Abb. 3). 1990 lag die Geburtenrate bei 12,2, 1994 bei nur 4,9 und 2000 wieder bei 7,5 Geburten. Sie nähert sich damit dem Bundesdurchschnitt mit 9,8 Geburten je 1000 Einwohner an. Der rückläufige Trend der Einwohnerzahlen betrug zwischen 1989 und 2001 etwa 10 %, die Ergebnisse der neuesten Landesprognose (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2003a) gehen von einem weiteren Verlust von knapp 13 % bis zum Jahr 2020 aus (Tab. 1).

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung

Jahr	Einwohner am 31.12.	Anteil gegenüber 1989
1989	1.946.185	100,00
2001	1.759.877	90,43
2010	1.617.391	83,11
2020	1.507.002	77,43

Quelle: Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung 2003c

Mobilste Altersgruppe bei den Fortzügen sind die 18- bis 35-jährigen Männer und die 15- bis 25-jährigen Frauen, bei den Zuzügen insgesamt die 18- bis 40-Jährigen. Vor allem die Wegzüge der 18- bis 30-Jährigen übersteigen deren Gegenstrom gravierend (Abb. 4). Seit 1996 verzeichnet das Land im Saldo deutliche Wanderungsgewinne in der Altersgruppe der ca. 55- bis 65-Jährigen (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2002).

Die Umbrüche in der Altersstruktur sind signifikant: Betrug der Anteil der unter 20-Jährigen 1990 noch rund 29 %, so wird er 2020 auf 16 % sinken, der Anteil der 20- bis 60-Jährigen von ca. 53 % auf 49 % und der Anteil der über 60-Jährigen wird von etwa 18 % auf 35 % steigen (Abb. 5, s. S. 270).

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zeigt deutliche regionale Unterschiede auf. Der Bevölkerungsrückgang in den östlichen Landesteilen liegt bei etwa 20 %, es sind konstant hohe Wanderungsverluste zu verzeichnen. Die Region Westmecklenburg hatte seit 1993 als einzige der vier Planungsregionen sogar leichte Migrationsgewinne. Aber auch hier ist künftig mit negativen Salden zu rechnen, die bei etwa 10 % liegen. Die Region Mittleres Mecklenburg/Rostock hat einen Bevölkerungsrückgang von etwa 5 % zu erwarten.

Stadt-Umland-Wanderungen werden alle größeren Städte des Landes registrieren, d. h. deutliche Migrationsverluste in den Städten und entsprechende Gewinne in den angrenzenden Umlandgemeinden. Darüber hinaus sind Wohnstandortverlagerungen aus der Fläche in die Zentren bzw. deren Umland sowie aus den östlichen in die mittleren und westlichen Landesteile festzustellen.

Die Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns ist für Ostdeutschland kein Sonderfall, und es bestehen auch insgesamt in den Staaten der Europäischen Union parallele Entwicklungslinien (Beitrag Gans; Schmitz-Veltin in diesem Band). In Bezug auf Lebenserwartung und Bevölkerungspyramide (Abb. 6, s. S. 270) gleicht sich die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns derjenigen in den alten Ländern an, die Abwanderung junger Menschen stellt jedoch ein besonderes Problem dar (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2002).

Abb. 3: Faktoren der Bevölkerungsentwicklung (1990–2020)

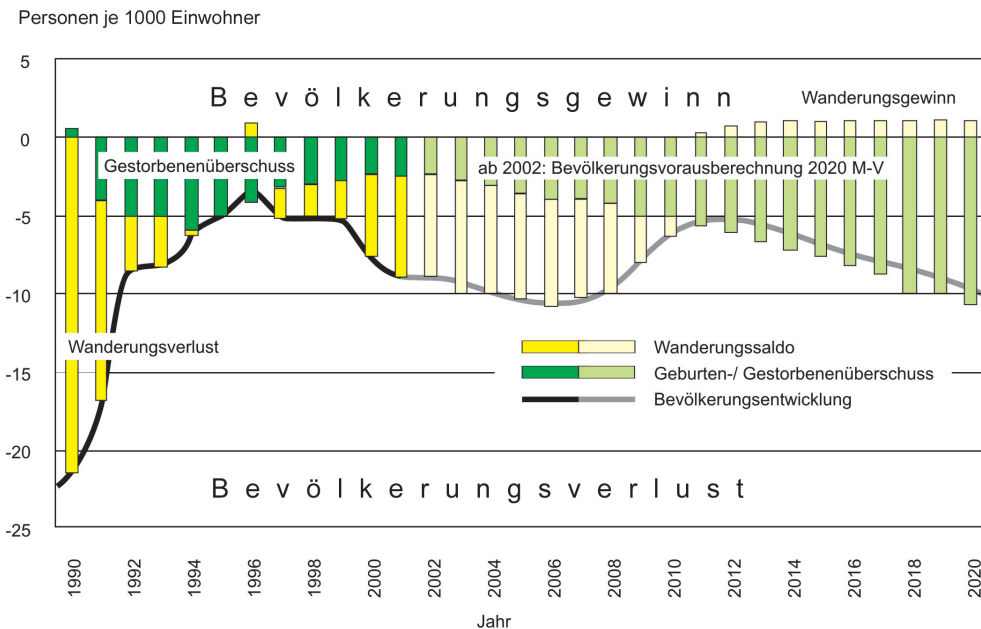
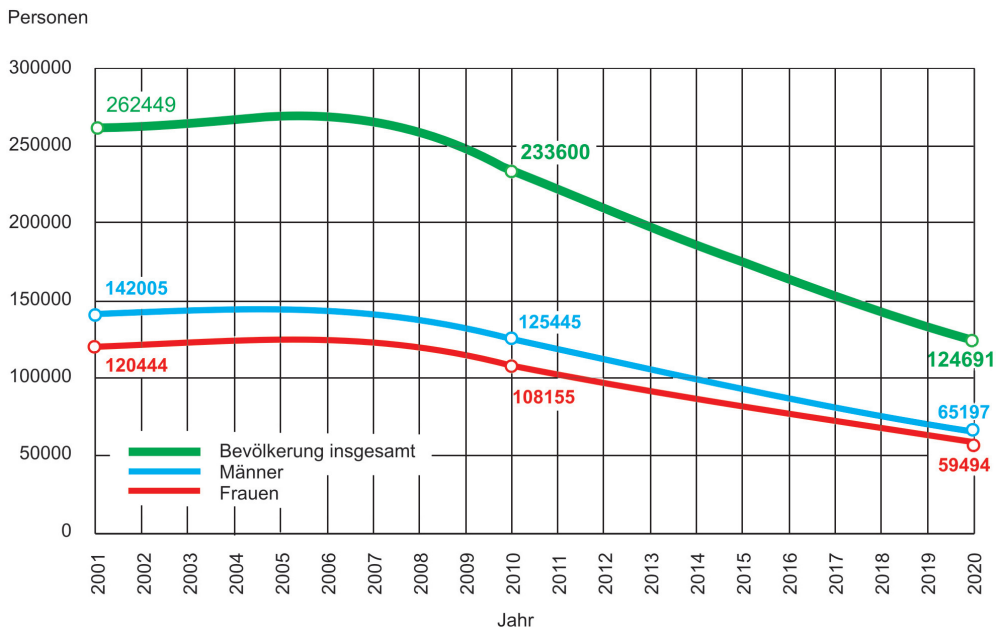


Abb. 4: Entwicklung der Altersgruppen der 18- bis unter 30-Jährigen (2002–2020)



Quelle Abb. 3 und 4: Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung 2003c

Abb. 5: Altersstrukturentwicklung (1990–2020)

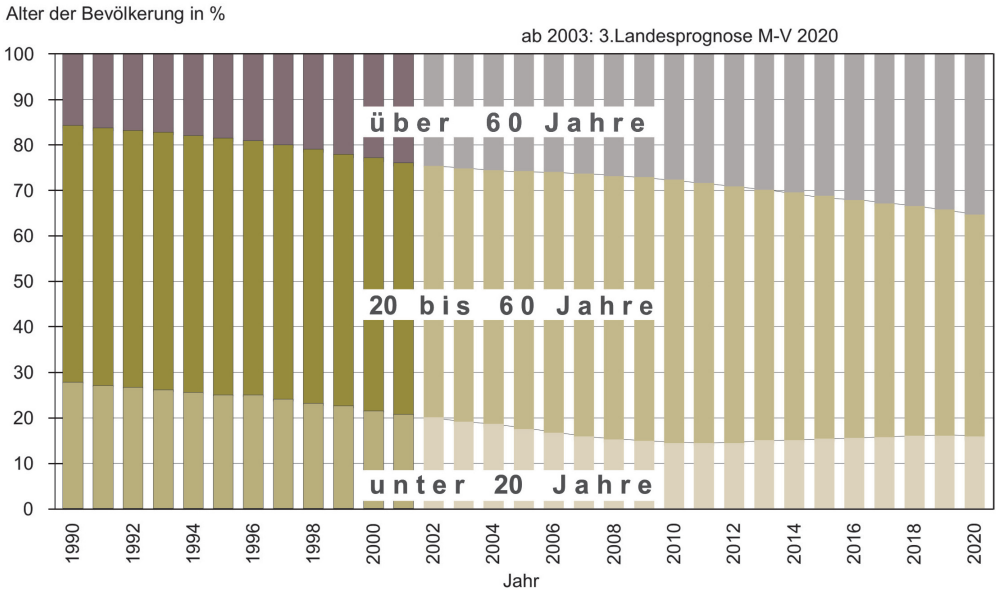
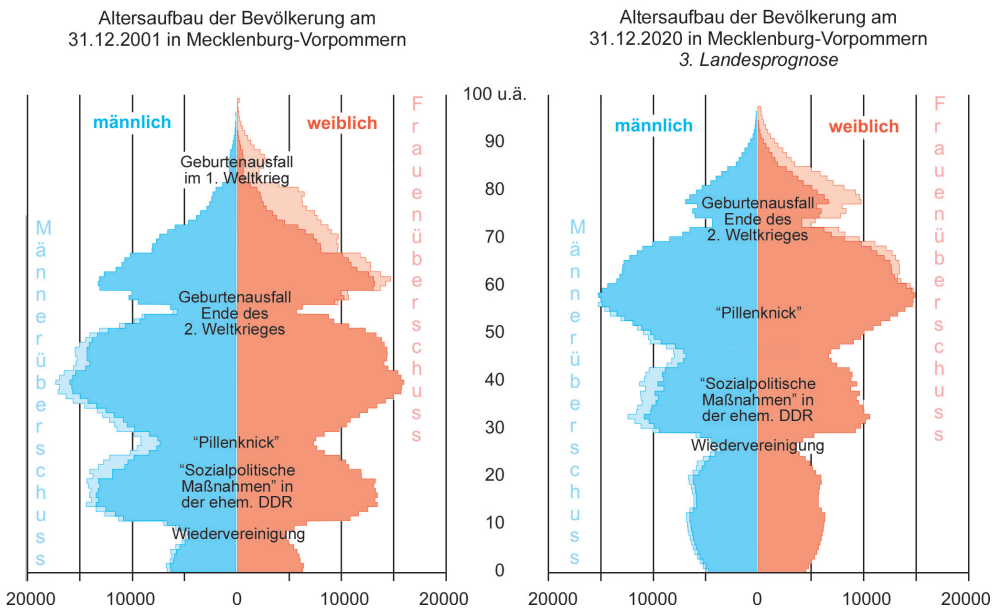


Abb. 6: Lebensbäume 2001 und 2020



Quelle Abb. 5 und 6: Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung 2003c

3 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und Handlungsansätze

Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und daraus abgeleitet notwendige Handlungsfelder und -ansätze treffen umfassend alle Lebensbereiche, wie Ökonomie, Unternehmen, Standortentwicklung und -politik, Arbeitsmarkt, Netzinfrastruktur, soziale und kulturelle Infrastruktur, Bildungs- und Erziehungswesen, Wohnen, Freizeit und Erholung, Natur und Landschaft, öffentliche Finanzen. Landes- und Kommunalpolitik sind nicht alleine Handlungsadressaten, angesprochen sind ebenso Bundes- und Europapolitik. Die folgenden Ausführungen befassen sich mit dem Spektrum der Aktivitäten der Landesregierung auf regionaler und kommunaler Ebene.

Die Handlungsansätze des Landes müssen eingebunden sein in eine zukunftsorientierte Gesamtstrategie, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen alle weiteren Akteure mitnimmt. Ziel der Landesregierung ist es, Menschen im Nordosten eine Perspektive zu geben. Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik, Weiterbildungsangebote und die Förderung von Unternehmensgründern, Standortoffensive und Investorenwerbung, nicht zuletzt eine familienfreundliche und zukunftsweisende Bildungs- und Sozialpolitik sollen vor allem junge Menschen reizen, in Mecklenburg-Vorpommern zu leben (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2003b).

Wichtige Instrumente der Raumordnung sind in diesem Zusammenhang die Entwicklungsprogramme auf Landes- sowie Regionalebene und speziell das Zentrale-Orte-System. Dieses soll künftig in Mecklenburg-Vorpommern dreistufig (Ober-, Mittel- und Grundzentren) ausgestaltet werden. Alle Zentralen Orte übernehmen Entwicklungs-, Versorgungs- und Ordnungsaufgaben. Aufgrund ihrer überörtlichen Bündelfunktionen und als Kristallisationspunkte der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen sie die Tragfähigkeit von Einrichtungen und gewährleisten einen effektiven Einsatz öffentlicher Mittel. Gerade bei rückläufiger Bevölkerung sichern die Zentralen Orte in ländlichen Räumen die Bereitstellung von kulturellen, sozialen und technischen Infrastrukturen in ausreichendem Umfang und erforderlicher Qualität. Es bleibt im Interesse der Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse Aufgabe, öffentliche Leistungen auch dort in vertretbarem Umfang vorzuhalten, wo betriebswirtschaftliche Tragfähigkeitsgrenzen unterschritten zu werden drohen. Der Entwurf des Raumentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern sieht hierzu u. a. eine Straffung des Systems der Zentralen Orte vor (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2004).

Konkrete Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern werden im Folgenden anhand von Beispielen in ausgewählten Bereichen aufgezeigt und Handlungsansätze vorgestellt.

3.1 Beispiel: Arbeitsmarkt

Im Zeitraum von 1990 bis 1994 fielen allein 440.000 Arbeitsplätze weg. Die Industriedichte sank im selben Zeitraum von 85 auf 28 Industriebeschäftigte pro 1000 Einwohner und liegt inzwischen bei 22 (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2002). Die Struktur des Arbeitsmarktes und damit die qualitativen Anforderungen an Arbeitnehmer haben sich deutlich verändert. Mecklenburg-Vorpommern steht vor allem im Wettbewerb mit den attraktiveren Be-

schäftigungsmöglichkeiten in Westdeutschland und insbesondere in Skandinavien. Die skandinavischen Länder werben mit sehr interessanten Arbeitsplatzangeboten in Mecklenburg-Vorpommern selbst – bedingen die arbeitsplatzbezogene Abwanderung gerade junger, qualifizierter Bevölkerungsgruppen und gefährden damit gleichzeitig auch die Aufrechterhaltung funktionsfähiger Arbeitsmärkte insbesondere in ländlichen Räumen.

Der heutige Weggang von Fachkräften geht einher mit einem prognostizierten Mangel an neuen Arbeitskräften, insbesondere an fachlich qualifizierten Arbeitnehmern, in den kommenden Jahren, vor allem in der Tourismusbranche, bei Gesundheitsberufen und im verarbeitenden Gewerbe (SÖSTRA 2001). Das Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungslinien ergibt einen dringenden Handlungsbedarf, um den hieraus folgenden zusätzlichen Nachteilen für die wirtschaftliche Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Landesregierung zielt mit ihrer „Standort- und Qualifizierungsoffensive“ auf eine aktive Ansiedlungspolitik, welche die Voraussetzungen für neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze schafft, wie beispielsweise mit der Gründung des BioCon-Valley-Verbunds (Netzwerk für Biotechnologie und Medizintechnik) geschehen. Die Qualifizierung von Arbeitssuchenden wird in Abstimmung mit den Unternehmen auf deren spezifische Bedarfe hin unterstützt.

Mecklenburg-Vorpommern hat als eines der ersten Bundesländer ein Bündnis für Arbeit auf Landesebene eingerichtet, um im Konsens mit allen am Arbeitsmarkt beteiligten Akteuren die Rahmenbedingungen zum Arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern auf die Verhältnisse im Land zuzuschneiden (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2002). Das Bündnis arbeitet ergebnisorientiert und hat bereits etliche Projekte auf Landes- und regionaler Ebene angestoßen. Unter anderem gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich speziell mit einem Regionalmanagement und -marketing für Vorpommern befasst, um neben der umfassenden Vermarktung des Lebens- und Arbeitsstandortes Vorpommern nach innen und nach außen insbesondere regional bedeutsame Projekte zu identifizieren und mit gemeinsamer regionaler und auf ministerieller Ebene ressortübergreifender Unterstützung voranzubringen.

3.2 Beispiel: Wohnen in der Landeshauptstadt Schwerin

Für den Wohnungsmarkt von größter Bedeutung ist die zahlen- und größenmäßige Entwicklung der Haushalte sowie die Alterung der Mitglieder (Beitrag Waltersbacher in diesem Band). Nach dem integrierten Stadtentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Schwerin (Landeshauptstadt Schwerin 2002), das im Rahmen des Bundesprogramms Stadtumbau Ost erstellt wurde, sank die Bevölkerung von etwa 131.000 Einwohnern (1989) auf 101.000 Einwohner (2001), also um knapp 23 %. Die durchschnittliche Haushaltsgröße verringerte sich von 2,5 Personen (1991) auf 2,1 Personen im Jahr 2000. Der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte stieg von 52 % im Jahr 1991 auf 71 % im Jahr 2000.

Die Prognose Schwerin 2017 geht in einer mittleren Variante von einem weiteren Bevölkerungsrückgang von etwa 15 % auf 85.600 Einwohner aus, die Zahl der Haushalte wird um 3,7 % auf 47.500 sinken, und es wird einen Wohnungsleerstand von 5.600 bis 6.200 Wohnungen (etwa 11 % des derzeitigen Wohnungsbestands) geben. Ein überdurchschnittlich hoher Leerstand ist zur Zeit schon teilweise in Großwohnsiedlungen sowie in einigen Stadtteilen mit hohem Altbaubestand zu verzeichnen.

Den Konsequenzen dieser Entwicklung will die Landeshauptstadt Schwerin mit verschiedenen Handlungsansätzen begegnen:

- Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft wird das Angebot an Wohnungen qualitativ und quantitativ dem künftigen Bedarf der unterschiedlichen Nachfragergruppen angepasst.
- Die Erneuerung des Altbaubestandes wird durch eine bereits gestartete Modernisierungsoffensive weiter vorangebracht.
- Die Erneuerung der Großwohnsiedlungen, wobei neben der Sanierung der Wohnungen insbesondere die Aufwertung des Wohnumfelds von zentraler Bedeutung ist, wird fortgesetzt.
- Der Wohnungsrückbau überwiegend in den Großwohnsiedlungen, entsprechend dem prognostizierten Leerstand von 5.600 bis 6.200 Wohnungen, wird angestrebt.
- Die Eigentumbildung sowohl durch Ein- und Zweifamilienhäuser als auch durch Eigentumswohnungen wird unterstützt.
- Einen Schwerpunkt der Aktivitäten stellt das „Wohnen im Alter“ dar. Die Gruppe der Senioren stellt mit über 40 % der Mietwohnungsnachfrage eine bedeutende Gruppe am Wohnungsmarkt; noch gibt es ein Defizit an Service-Wohnungen und altersgerecht ausgestatteten Wohnungen.

Darüber hinaus wurden unter Moderation der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbands Westmecklenburg zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und ihren Umlandgemeinden Abstimmungen zu künftigen Wohnbauflächenentwicklungen herbeigeführt. U. a. auf diesen Erfahrungen aufbauend, sieht der Entwurf des neuen Landesraumentwicklungsprogramms ein besonderes Kooperations- und Abstimmungsgebot für Planungen, Maßnahmen und Vorhaben mit Auswirkungen auf die Gemeinden in Stadt-Umland-Räumen vor (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2004).

3.3 Beispiel: Wasserver- und -entsorgung

Die Netze und Kapazitäten der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, insbesondere in den Bereichen Wasser, Abwasser und Fernwärme, sind oft in Erwartung einer höheren Bevölkerungszahl dimensioniert worden. Tatsächlich sind aber vor allem in den Jahren nach 1990 Bevölkerungsrückgänge eingetreten, die den Bedarf an den Versorgungsleistungen erheblich reduziert haben. Zudem führten die Preissteigerungen zu einer Minderung des Verbrauchs, z. B. bei Wasser/Abwasser, in den neuen Ländern durchschnittlich um etwa 30 % seit 1990 und in den alten Ländern um durchschnittlich 15 % (Landesumweltamt Brandenburg 2002). 1990 lag der Wasserverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern bei täglich 240 l/Ew., 2001 bei 100 l/Ew.; in den dünn besiedelten Räumen des Landes erreicht der tägliche Wasserverbrauch teilweise weniger als 50 l/Ew. (Beitrag Tietz in diesem Band).

Überdimensionierte Systeme und rückläufiger Verbrauch lassen eine hygienisch einwandfreie Versorgung kaum noch aufrechterhalten. Wegen langer Wasserstandszeiten und damit drohender Verkeimungsgefahr müssen Rohrsysteme immer häufiger gespült werden; diese Maßnahmen sind jedoch dauerhaft nicht ausreichend. Netzquerschnitte sind zu verringern. Der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft schätzt die hieraus entstehenden Kosten landesweit auf mehr als 10 Mio. Euro. Der weitere Bevölkerungsrückgang verschärft die Situation.

Vor diesem Hintergrund und in dem Bewusstsein, dass von dem im Land jährlich nutzbaren Grundwasserdargebot derzeit gerade sieben Prozent gebraucht werden (Schweriner Volkszeitung 2003), fordert der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft z. B.

- die Einstellung der Förderung von Regenwassernutzungsanlagen und
- die Unterbindung weiterer privater, gewerblicher oder landwirtschaftlicher Eigenversorgungen.

Analog hierzu treten Probleme im Bereich der Abwasserentsorgung auf. Beispielsweise gehört zu den 21 für den strukturschwachen ländlichen Raum „Lübz-Ruhner Berge“ identifizierten prioritären Entwicklungsprojekten auch die Erstellung einer dezentralen Abwasserkonzeption. Kooperationspartner dieses Projektes sind die betroffenen Kommunen, Stadtwerke und der Abwasserzweckverband. Ziel ist es, der geringen Bevölkerungsdichte angepasste und kostengünstige Varianten im Bereich der dezentralen Abwasserbehandlung aufzuzeigen (LEG Schleswig-Holstein 2003).

3.4 Beispiel: Allgemeinbildende Schulen

Die Altersgruppen im Sekundarbereich I werden bis 2007 auf 40,2 % und die im Sekundarbereich II bis 2011 auf 34,4 % absinken (Bezugsjahr ist 2000). Bis 2020 werden die Zahlen zwar wieder geringfügig ansteigen, aber auch dann noch unter 50 % der Ursprungswerte liegen (Beitrag Kramer; Nutz in diesem Band). Beispielsweise gab es 1991 in der Hansestadt Rostock 104 Schulen, derzeit sind es 70. Bis 2010 werden es voraussichtlich nur noch 54 Schulen sein (Ostseezeitung 2003).

Nicht mehr benötigte Schulgebäude sind aufgrund ihres speziellen Grundrisses nur schwer umzunutzen. Während die nicht mehr benötigten Schulgebäude und Grundstücke in den Städten dem Immobilienmarkt zugeführt werden können – im Allgemeinen sind die relativ zentral gelegenen Grundstücke gut zu veräußern –, ist diese Möglichkeit in den ländlichen Räumen häufig nicht gegeben. Umnutzungen sind dort eher selten möglich, die Kosten eines Abrisses zwecks Neubebauung lohnen häufig aufgrund der insgesamt niedrigen Grundstückspreise nicht. Unberücksichtigt bleibt hierbei noch die Tatsache der Zweckbindung von in der Regel 15 Jahren, wenn es sich um eine mit Fördermitteln sanierte Schule handelt.

Das wirkliche Problem in den ländlichen Räumen sind jedoch nicht in erster Linie die schwer nachzunutzenden bzw. zu vermarktenden Immobilien, sondern die Entscheidung, wo Standorte geschlossen werden. Der Rückbau muss so erfolgen, dass einerseits die Schulwege nicht zu lang werden, andererseits aber bestimmte Schulgrößen erhalten bleiben, um die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. Das Netz insbesondere auch der allgemein bildenden Schulen richtet sich am Zentrale-Orte-System aus, wobei in Mecklenburg-Vorpommern im Einzelfall auch hier ein Rückbau erfolgen muss. Es ist jedoch sicherzustellen, dass in benachbarten Zentralen Orten die Schulausbildung übernommen werden kann (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2004).

3.5 Beispiel: Berufliche Schulen in der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock

Im Schuljahr 1999/2000 gab es in Mecklenburg-Vorpommern an 22 Standorten 35 Berufsschulen in Trägerschaft der 12 Landkreise und 6 kreisfreien Städten. Insgesamt wurden Kapazitäten für 33.500 täglich anwesende Schüler vorgehalten. Nach derzeitigen Berechnungen werden im Schuljahr 2010/11 Kapazitäten für etwa 12.000 täglich anwesende Schüler benötigt (ca. 36 % bezogen auf das Schuljahr 1999/2000).

Vor dem Hintergrund dieser Prognosen haben die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen ihrer jeweiligen regionalen Planungsverbände Berufsschulkonzeptionen auf regionaler Ebene erarbeiten lassen. Die „Entwicklung eines Netzes zukunftsfähiger beruflicher Schulen in der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock“ (Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock 2001) z. B. wurde durch eine Arbeitsgruppe des Regionalen Planungsverbands in Zusammenarbeit mit den Schulträgern, den Schulleitern und den für die Berufsausbildung zuständigen Kammern und sonstigen Institutionen entwickelt.

Im Schuljahr 2000/2001 wurden an elf Berufsschulstandorten in der Region etwa 16.000 Schüler (entspricht ca. 6.500 täglich anwesenden Schülern) unterrichtet. Die Schülerzahl wird sich bis 2015 voraussichtlich auf ca. 6.000 Schüler (entspricht ca. 2.400 täglich anwesenden Schülern) verringern. Nach dem Konzept sollen künftig an fünf Standorten sogenannte „regionale berufliche Bildungszentren“ konzentriert werden, die in zukunftsfähigen Berufsfeldern ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot absichern. Langfristig können an diesen Einrichtungen auch Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten einbezogen werden. Den einzelnen regionalen Standorten wurden verschiedene Ausbildungsberufe zugeordnet. Das Konzept wurde sowohl vom Regionalen Planungsverband als auch von den beiden Landkreisen Bad Doberan und Güstrow und der kreisfreien Stadt Rostock als Träger der Berufsschulen beschlossen.

3.6 Beispiel: Ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte (Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte)

Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländlich/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ (BBR 2003) befasst sich die Region Mecklenburgische Seenplatte in einem Schwerpunkt mit der ambulanten medizinischen Versorgung (Böck-Friese 2003). Die Analyse ergab, dass der Versorgungsgrad der Region Mecklenburgische Seenplatte im ambulanten Bereich (Haus- und Fachärzte) derzeit etwa 18 % unter dem Landesdurchschnitt liegt. Der Bedarf an Hausärzten wird lt. Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung um durchschnittlich 16 % unterschritten, im Landkreis Mecklenburg-Strelitz sogar um 34 %. Die räumliche Verteilung der Hausärzte ist weitgehend flächendeckend, die Fachärzte konzentrieren sich auf das Oberzentrum Neubrandenburg und größere Orte der Region.

Aufgrund der geringen Besiedlungsdichte sind die praktizierenden Hausärzte hohen Belastungen durch lange Fahrwege zu Hausbesuchen und durch lange Arbeitszeiten ausgesetzt. Eine zusätzliche Erschwernis ergibt sich aus den überdurchschnittlichen psychischen/sozialen Problemen der Patienten, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit in der Region. Zudem erhöhen sich merklich die Arztbesuche während der Tourismussaison. Die Unterver-

sorgung muss durch den Rettungsdienst kompensiert werden, doch besteht auch hier Ärztemangel.

55,2 % der Hausärzte sind älter als 50 Jahre, 41,2 % älter als 55 Jahre. Alleine um den Status quo zu erhalten (der bereits eine defizitäre Versorgung darstellt), müssten in den nächsten Jahren 80 Hausärzte ersetzt werden. Nachwuchsmangel und fehlende Niederlassungsbereitschaft lassen unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht erwarten, dass eine Wiederbesetzung von Praxen möglich sein wird. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass ohne geeignete Gegenmaßnahmen die hausärztliche Versorgung in der Region zusammenbrechen wird. Die Problemlage lässt sich grundsätzlich auch auf die Situation der Fachärzte übertragen.

Ein Lösungsvorschlag sieht vor, dass in jedem zentralen Ort der Region ein hausärztliches Versorgungszentrum entsteht. Dieses übernimmt die ambulante medizinische Betreuung im Nahbereich. Die Erreichbarkeit des zentralen Ortes aus seinem Umland ist mit dem ÖPNV gewährleistet, zumal Zentrale Orte auch künftig Schulstandorte sein werden. Fachärzte können sich den Versorgungszentren anschließen. Eine Kopplung mit anderen Dienstleistungsfunktionen im Zentralen Ort ist möglich.

3.7 Beispiel: Einzelhandel

Der Einzelhandel muss mit einer Nachfrageverringering rechnen, die sich sowohl aus dem Bevölkerungsrückgang als auch aus der sich verändernden Altersstruktur der Kunden ergibt, da die Konsumintensität mit dem Älterwerden abnimmt. Die Nachfrageminderung nur aufgrund der geringen Einwohnerzahlen bis 2010 wird auf ca. 383 Millionen Euro geschätzt, die einer Verkaufsflächenverringering von etwa 110.000 m² entspricht (Lademann & Partner 2000).

Um zu vermeiden, dass der zu erwartende Trend zu Lasten der Innenstädte geht und damit ihren Attraktivitätsverlust erhöht, müssen insbesondere großflächige Einzelhandelsvorhaben auf die Zentralen Orte konzentriert werden. Einzelhandelsansiedlungen außerhalb der Innenstädte müssen künftig die Ausnahme bilden (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2004). Die für die dünn besiedelten Räume bereits existierenden Versorgungsmodelle wie z. B. „mobile Läden“ oder „gemeinschaftlich organisierte Dorfläden“ werden an Bedeutung gewinnen (Beitrag Weber in diesem Band).

3.8 Beispiel: Verwaltungsreform

Angesichts der Sparzwänge auf allen Ebenen, der notwendigen Konsolidierung der staatlichen und kommunalen Haushalte werden öffentliche Leistungen überprüft, Infrastruktureinrichtungen effizienter genutzt, Entscheidungen über Schließung oder Zusammenlegung von Einrichtungen getroffen werden müssen. Hierbei ist auch die Verwaltung selbst eingeschlossen.

Im Vergleich zu anderen Flächenländern hat Mecklenburg-Vorpommern zu hohe Ausgaben für die Verwaltung. Mit den prognostizierten 1,5 Millionen Einwohnern im Jahr 2020 wird das Land pro Kopf 2.000 Euro an Finanzzuweisungen des Bundes verlieren. Neue zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen müssen dem Rechnung tragen (Ostseezeitung 2003).

Mit 25,4 Stellen auf 1000 Einwohner hat Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich der deutschen Flächenländer die meisten Verwaltungsmitarbeiter. Die Personalkosten nehmen 27,3% des Verwaltungshaushalts ein (Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2003).

Die in Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit intensiv diskutierte Verwaltungsreform geht von größeren Gemeinden, Gemeindeverwaltungsämtern und Kreisen aus, beschäftigt sich im Rahmen einer Funktionalreform mit Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Kreise, von Kreisen auf Gemeinden, zielt darauf ab, im Rahmen der Deregulierung Vorschriften zu reduzieren, und befasst sich mit einer künftigen Struktur der Landesverwaltung, insbesondere unter dem Aspekt der Personaleinsparung. Landtag und Landesregierung haben hierzu Reform-Gremien gebildet, die grundlegenden Entscheidungen über künftige Strukturen sollen noch in dieser Legislaturperiode getroffen werden.

4 Fazit

Die Brüche in der Bevölkerungsentwicklung treten im Ergebnis gravierender gesamtgesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen auf. Die Folgen können nicht von Mecklenburg-Vorpommern alleine bewältigt werden. Jedoch werden innerhalb des Landes insbesondere diejenigen Möglichkeiten genutzt, die dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Hierbei handelt es sich um Aufgaben, die sowohl Land, Regionen, Kommunen als auch private Akteure zu Adressaten haben. Ein konstruktives Zusammenspiel all dieser Kräfte ist erforderlich, um die Folgen des demographischen Wandels zu bewältigen.

Literatur

- Bandelin, J.; Braun, G. et al. (2001): Regionalentwicklung benachteiligter Räume in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderer Berücksichtigung von Vorpommern und Ostmecklenburg. In: Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung, Heft 16, Universität Rostock, Rostock 2001, Abbildung 10: Nutzung der äußeren Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns, S. 20.
- Böck-Friese, A. (2003): Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 12, S. 771–778.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2001): Raumentwicklung und Raumordnung in Deutschland – Kurzfassung des Raumordnungsberichts 2000. Bonn.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2002): INKAR 2002. Bevölkerungsdaten für die Bundesrepublik Deutschland auf CD-ROM. Bonn.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2003): Informationen zur Raumentwicklung, Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen?, Heft 12.2003, Bonn.
- Der Spiegel (2003): Interview mit dem Schauspieler Uwe Steimle zu einer neuen Folge der Reihe „Polizeiruf 110“. Ausgabe 38/2003, S. 90.
- Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2003): „Bürgernähe statt Bürokratie – Die Verwaltung des Landes modernisiert sich“. Schwerin.
- Lademann & Partner (2000): Strukturuntersuchung des Einzelhandels in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Landeshauptstadt Schwerin (Hrsg.) (2002): Integriertes Stadtentwicklungskonzept „Wohnen in Schwerin“. Schwerin.

- Landesumweltamt Brandenburg (Hrsg.) (2002): „Bevölkerungsprognosen und die Folgen des demographischen Wandels“. Fachbeiträge des Landesumweltamtes, H. 72, Potsdam.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2002): „Demographische Entwicklung – Herausforderung für ein zukunftsorientiertes Land“. Drucksache 3/2921, 22.05.2002.
- LEG Schleswig-Holstein; S&D Stadt & Dorf Planungs Gesellschaft mbH; Schwerin Consult GmbH (Projektgemeinschaft) (2003): „IRK – Integriertes Regionales Entwicklungskonzept Süd-Ost-Raum Parchim“. Endbericht, Schwerin.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2003a): 3. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020. März 2003, Schwerin.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2003b): Pressemitteilung Nr. 83/03 „Ost-Länder rechnen mit deutlichem Einwohnerrückgang“ vom 2. April 2003, Schwerin.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2003c): Raumentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, Informationsreihe der Obersten Landesplanungsbehörde Nr. 7, „Bevölkerungsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern“. Oktober 2003, Schwerin.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2004): Raumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern, Entwurf zum 1. Beteiligungsverfahren. Februar 2004, Schwerin.
- Ostseezeitung (2003): „Bevölkerungsverlust hat finanzielle Folgen“. Ausgabe vom 19./20.07.2003.
- Ostseezeitung (2003): „Schule zu verkaufen“. Ausgabe vom 21.08.2003.
- Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte (2003): Arbeitsgruppe „Medizinische Versorgung“. Konzeptentwurf Stand: 30.06.2003.
- Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock (2001): Entwicklung eines Netzes zukunftsfähiger beruflicher Schulen in der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock (MM/R). Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „berufliche Schulen“ des Regionalen Planungsverbandes Mittleres Mecklenburg/Rostock, Stand: 15.11.2001.
- Schweriner Volkszeitung (2003): „Alle sparen Wasser, doch die Kosten steigen“ und „Wasserversorger fordern Verbot privater Brunnen“. Ausgabe vom 12./13.04.2003.
- SÖSTRA GmbH Berlin; trend marketing GmbH Neubrandenburg (2000/2001): Perspektiven der Berufslandschaft Mecklenburg-Vorpommern bis 2010. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Steingrube, W. u. a. (2001): Landesweite Erhebung von Versorgungsbereichen frei wählbarer Güter und Dienstleistungen. Studie vom Geographischen Institut an der Universität Greifswald, Greifswald.